ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

No. 36
26. Jahrgang

Münster, Sask., Donnerstag, den 17. Oktober 1929

Fortlaufende No. 1337

Welt-Rundschau

MacDonald und Hoover

Der Besuch des englischen Premiers MacDonald beim amerikanischen Präsidenten Hoover wird ein weltgeschichtliches Ereignis bleiben, sogar wenn er keine greifbaren Resultate zeitigen sollte. Eines hat er auf jeden Fall bezweckt, eine größere Freundschaft zwischen England und den Ver. Staaten. Das einmal gegebene Beispiel einer persönlichen Annäherung und Aussprache der beiden Staatsoberhäupter kann auch wiederholt nachgeahmt werden, wenn im Laufe der Zeit Argwohn und Mißverständnisse aufsteigen und das gegenseitige Verhältnis trüben sollten.

Es gibt aber jetzt schon, wenige Tage nach der Abreise MacDonald's nach Canada, verschiedene Anzeichen, welche die Optimisten dagegen warnen, von dieser informellen Konferenz für die nächste Zukunft zu viel zu erwarten. Wer es dennoch tut, wird sicherlich stark enttäuscht werden.

In den ersten Tagen des Monats, nachdem der mit dem Empfange notwendigerweise verbundenen Etikette Genüge geleistet war, zogen sich Hoover und MacDonald für einige Tage nach dem Sommeraufenthalt des Präsidenten in Virginia zurück, wo sie, ferne vom Geräusch und den Aufmerksamkeiten der Hauptstadt, sich in ungezwungener Weise über die verschiedenen Probleme aussprechen konnten, welche die Weltlage und speziell das Verhältnis zwischen England und Amerika betreffen. Dabei war jedenfalls die Rede von Seeabrüstung, von der Freiheit der Meere, udgl. mehr. Doch fehlt der Oeffentlichkeit jegliche genauere Kenntnis darüber, was zwischen den zwei Staatsmännern vor sich ging. Nach Washington zurückgekehrt, erließen sie eine gemeinschaftliche Erklärung, die in wenigen Worten wo möglich noch weniger sagt. Sie lautet ungefähr: „Wir haben auf das genaueste alle Fragen besprochen, die aufgrund des bevorstehenden Abkommens zwischen England und den Ver. Staaten zu erwägen sind. Wir sind bis jetzt noch zu keinem Ziele gekommen, aber die Verhandlungen versprechen das Beste, und England sowohl als auch die Ver. Staaten werden mit dem Resultate zufrieden sein. Die Verhandlungen werden auf einer freundschaftlichen Grundlage fortgesetzt. Wir haben auch die Frage in Erwägung gezogen, die eine Reibung zwischen den beiden Staaten hervorrufen könnte, nämlich die Freiheit der Meere."

Was hier gesagt wurde, war wirklich alles, was sich erwarten ließ: Mehr stand nicht im Programm, mit dem MacDonald nach Amerika kam. Es sollten ja keinerlei bindende Verhandlungen gepflogen, sondern bloß Meinungen ausgetauscht und die Wege für die kommende Konferenz der fünf Seemächte in London geebnet werden. Aber, neugierig und sensationell wie die Welt nun einmal ist, sind viele mit einem solchen Berichte gar nicht zufrieden.

Einige amerikanische Zeitungen wandten, um mehr Aufschluß über die Unterredung in Virginia herauszulocken, einen Kniff an, der schon so alt ist, wie das Menschengeschlecht, oder wenigstens so alt wie das moderne Zeitungswesen. Sie stellten gewagte Behauptungen auf, denen die staatlichen Behörden widersprechen mußten, wollten sie dieselben nicht durch ihr Stillschweigen als auf Wahrheit beruhend anerkennen. Dadurch ließ sich erwarten, daß für das große Publikum doch einige Körner der tatsächlichen Wahrheit abfallen würden.

Eine Zeitung hatte z. B. in einem Artikel die Sache so behandelt, als wollten in der Zukunft England und Amerika ihre Streitkräfte zur See zusammenlegen und so nicht bloß einen moralischen, sondern auch einen physischen Druck auf die übrige Welt ausüben. Das würde natürlich auf eine englisch-amerikanische Allianz hinauslaufen. Gerade so etwas aber ist es, das man in einigen europäischen Ländern, vor allem in Frankreich, hinter der Begegnung der zwei Staatsmänner witterte, und gerade ein solcher Verdacht war es, den diese um jeden Preis vermeiden wollten. Der Staatssekretär Stimson erschien denn auch sofort auf der Bildfläche und erließ gegen diese gefährlichen Behauptungen ein scharfes Dementi. Des weiteren erklärte er dann, es könnte einstweilen noch kein genauerer Bericht über die Besprechungen ausgegeben werden. Der Hauptpunkt der Verhandlungen habe sich jedoch um die Herabsetzung der Seestreitkräfte gedreht. Die Verständigung sei eine moralische; England und Amerika wollten die Welt nicht militärisch, sondern nur moralisch beeinflussen. Der Kellogg-Pakt sei die Basis der Verhandlungen gewesen. Das Resultat sei der beiderseitige Entschluß, eine Verständigung unter den Völkern anzustreben und Krieg unmöglich zu machen. — Mit dieser Erklärung muß sich das Publikum wohl oder übel zufrieden geben, obgleich sie nichts wesentlich Verschiedenes von dem enthält, als was MacDonald schon bei seiner Landung in New York verkündet hatte.

Daß in Washington ein Band echt platonischer Freundschaft geknüpft worden sei, das noch dazu wirkliche Abrüstung und Völkerversöhnung zum Zwecke haben soll, das will den Franzosen gar nichts in den Sinn. Die bloße Möglichkeit einer solchen Idee ist ihnen unbegreiflich. Es offenbart sich hier wiederum die Richtigkeit der allgemeinen Erfahrung, daß jedermann, und auch jedes Volk, den Nachbarn nach seiner eigenen Herzensstimmung beurteilt. Auch Frankreichs Vertreter in Genf und anderswo reden gern und viel von Abrüstung und Völkerversöhnung, und Briand kann gewiß in der rührendsten Weise hierüber reden. Aber ihre Taten strafen sie jedesmal Lügen.

Frankreich buhlte auch einmal um die besondere Freundschaft Amerikas, — das war vor zwei Jahren — damals sollte auch ein Krieg zwischen Amerika und Frankreich für alle Zeiten zu einem Ding der Unmöglichkeit gemacht werden. Aber diese Wohltat wollte es nur für sich selbst genießen, sie sollte nicht auf andere Nationen ausgedehnt werden; sie sollte nur Frankreich den Rücken sichern, damit es umso freiere Hand gegenüber den übrigen Ländern der Erde erhielte; sie sollte nicht dem Frieden, sondern eher der Vorherrschaft Frankreichs dienen. Es war der amerikanische Staatssekretär Kellogg, dem es gelang, der Idee Frankreichs, sehr zur Unzufriedenheit Frankreichs, eine allgemeine Bedeutung zu geben. Es wuchs daraus der sogenannte Kellogg-Pakt, dem sich notgedrungen auch Frankreich anschloß, da es sonst isoliert außerhalb des Völkerkonzertes stehen geblieben wäre.

Nachdem es also Frankreich nicht gelungen war, der besondere Verbündete der Ver. Staaten zu werden, machte es sich im Jahre 1928 an England heran und schloß mit diesem Lande eine besondere Entente, die eine offene Spitze gegen das übrige Europa und eine geheime Spitze gegen Amerika hatte, also abermals nicht dem Frieden und der Völkerversöhnung, sondern vielmehr der Vorherrschaft Frankreichs dienen sollte. Die englische Arbeiterregierung schüttelte diese Entente als eine hindernde Fessel ab, und wieder sieht sich Frankreich eines mächtigen Bundesgenossen beraubt.

Nach dieser doppelten bitteren Erfahrung aus neuester Zeit darf es wahrlich nicht wundernehmen, wenn Frankreich in diesen Tagen mit scheelen und eifersüchtigen Augen nach Washington blickte, wo die Häupter der von ihm umschwärmten Nationen in traulicher Unterhaltung beisammen saßen. Ebenso begreiflich ist es, wenn es in dieser Besprechung das Gespenst einer antifranzösischen Allianz vermutete. Und vielleicht hatte es damit nicht so ganz Unrecht. Denn, sollte es England und Amerika gelingen, die Idee der Abrüstung und Völkerversöhnung in der Welt populär zu machen, so würde zuletzt das in Waffen starrende Frankreich als unzeitgemäße Monstrosität das Mißfallen der ganzen Welt auf sich ziehen.

Man fragt sich unwillkürlich, ob es Zufall oder Berechnung war, daß die Häupter der französischen Regierung, der Präsident Doumergue und der Premier Briand, just in diesen Tagen nach Brüssel, der Hauptstadt Belgiens, reisten u. sich von der begeisterten Menge bejubeln und vom Hofe feieren ließen. Die Begeisterung war groß, wie ja immer bei solchen Gelegenheiten. Es sieht das in der Tat aus, als ob Doumergue und Briand gar sehr des Trostes bedurft hätten — vielleicht gar wegen der Untreue Englands, das sich nach anderer Gesellschaft umgesehen und sie in Washington gefunden hatte. Zur Zeit der Trostlosigkeit sucht man gerne nach Gesellschaft, und kann man die gewünschte Gesellschaft nicht finden, so nimmt man mit irgendeiner vorlieb, nur um nicht allein sein zu müssen. In dieser Stimmung scheinen die zwei Staatsmänner Brüssel aufgesucht zu haben. Oder herrscht vielleicht gar die Furcht, Belgien könnte auch bald der französischen Bundesgenossenschaft müde sein und anderswo Anschluß suchen? Jetzt ist die Freundschaft jedenfalls wieder enger geschnürt und wird in absehbarer Zeit noch nicht in die Brüche gehen. Dürfen wir vielleicht bald ähnliche Besuche in Prag, Warschau, Belgrad und Bukarest erwarten? Denn bei all den Bundesgenossen, in Tschechoslowakien, Polen, Jugoslawien und Rumänien, ist die dicke Freundschaft mit Frankreich wackelig geworden und verlangt nach einer Auffrischung.

Die Diktatur in Jugoslawien

Eine Schreckensherrschaft

Folgende Korrespondenz, die dem „Manchester Guardian" vom 20. September entlehnt ist, gibt einen interessanten Einblick in das mächtigste Balkanreich, Jugoslawien. Da der Korrespondent nicht das Versprechen ablegen konnte, nur Gutes oder doch nichts Ungünstiges über Jugoslawien zu berichten, wurde er des Landes verwiesen. Infolge dessen ist es wohl möglich, daß sein Bericht etwas übertrieben ist. Auch mag sich darin die tiefe Abneigung des „Manchester Guardian" gegen jegliche Art von Diktatur etwas spiegeln. Im großen Ganzen ist jedoch der Bericht sicherlich der Wahrheit entsprechend.

Red. St. Peters Bote.

Der Staatsstreich des Generals Pera Zhivkovitch im Januar dieses Jahres hob die Konstitution und alle konstitutionellen Rechte des Volkes auf. Das Parlament wurde aufgelöst, eine Diktatur eingesetzt und das ganze Land unter Kriegsrecht gestellt. Die hiefür gegebene Entschuldigung war, daß die Demokratie versagt hätte und daß nur Soldaten den Staat seiten, der Unordnung in der Verwaltung ein Ende machen, die Korruption abschaffen, die finanzielle und ökonomische Krisis überwinden und vor allem die Serben und Kroaten, Belgrad und Zareb versöhnen und alle Schwierigkeiten mit auswärtigen Ländern lösen könnten.

Seit sieben Monaten hat Jugoslawien einem Friedhofe geglichen. Das Parlament, das durch seine Sünden der Diktatur sicherlich den Weg bereitet hat, ist tot. Die Presse ist tot — Zeitungen dürfen keine eigenen Ansichten zum Ausdruck bringen. Die politischen Parteien sind unterdrückt. Im ganzen Lande verlautet kein öffentliches Wort, das etwas kritisieren oder auch nur in Fragen stellen dürfte. Soldaten haben von Maribor bis Monastir die absolute Gewalt in ihren Händen. Und wenn wir uns fragen: „Hat die Diktatur auch nur ein einziges von den Problemen gelöst, welche den Bestand des jugoslawischen Staates bedrohten?" so ist die Antwort: Nein.

Die ökonomische und finanzielle Krisis ist schlimmer als sie war. Befehle und Gegenbefehle werden von der Regierung und der Administration in Hülle und Fülle gegeben, und die Folge davon ist große Verwirrung. Korruption blüht jetzt ebenso wie vorher. Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten — und besonders zu Bulgarien — sind jetzt schlechter als früher. Und was die Hauptlebensfrage betrifft, — die Wiederversöhnung der Serben und Kroaten — so war dieselbe nie weiter entfernt als jetzt.

Viele Verhaftungen

In Zareb herrschte noch nie solche Bitterkeit und Enttäuschung. Der König, der vor wenigen Monaten in Zareb noch populär war und als das letzte Symbol der jugoslawischen Einheit galt, dürfte es heute nicht wagen, sich in den Straßen von Zagreb zu zeigen. Die Diktatur hat alles Vertrauen zerstört, das Zagreb je in Belgrad gesetzt haben mag.

Im Juni wurde in Zagreb bei einer Versammlung hervorragender Rechtsgelehrter eine Loyalitätserklärung für den König verfaßt. Einer derselben machte den Vorschlag, man solle an den König appellieren, damit er dem Volke die Konstitution

(Fortsetzung auf Seite 4)

Das Unrecht der dem deutschen Volke angesonnenen Reparationen

Von Rechtsanwalt Dr. Arnim Schlegl (Regensburg).

(„Schönere Zukunft" 7. April 1929)

(Fortsetzung)

Können nun auf die Dauer jährlich diese 2,5 Milliarden GM. aufgebracht und ins Ausland übertragen werden? Oder welcher Betrag jährlicher Aufbringung und Uebertragung ist somit möglich? Das ist heute die erste der Fragen, die von den Sachverständigen in Paris und von den Finanzleuten in der ganzen Welt erörtert wird. Antwort: Die Höhe der möglichen dauernden Leistungen ist immer abhängig vom deutschen **Ausfuhrüberschuß**. Es können auf die Dauer nicht mehr Devisen abgeliefert werden, als gleichzeitig durch Warenverkauf im Ausland beschafft werden, also wieder hereinfließen. Auch Devisenerwerb durch Reiseverkehr in Deutschland, Durchfuhrverkehr und besonders auch durch Frachtgeschäfte der deutschen Seeschiffahrt gehört hierher. Den Gesamterwerb von Devisen aus diesen Quellen kann die deutsche Leistung auf die Dauer nie überteigen, ohne die durch den Transferschutz gezogene Grenze zu erreichen; denn wenn dauernd mehr Geld hinausgehen soll, als durch Warenverkauf und Leistungen hereinkommt, so kann das nur durch ständige Abgaben von Reichsmark gegen Devisen geschehen, die Folge muß also dann Erschütterung der Währung, ständige Abgabe von Substanz, wie in der Inflationszeit, sein. **Durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten läßt sich diese Folge zwar hinausschieben; die Kredite aber bedeuten praktisch erst recht Ausverkauf der eigenen Substanz, schrittweise Enteignung, Uebertragung des Volksvermögens an private Auslandsgläubiger.**

Dabei ist es gleichgültig, ob die Reparationen in bar oder, wie es ebenfalls vorgesehen ist, durch Sachlieferungen entrichtet werden. Die Sachlieferungen spielen sich so ab, daß beispielsweise der französische Privatunternehmer an eine deutsche Firma einen Auftrag vergibt, die Zahlung aber nicht an die deutsche Firma leistet, sondern an die französische Regierung, während die deutsche Lieferungsfirma dann in Reichsmark von der Reichsregierung bezahlt wird; diese Leistung der Reichsregierung zugunsten der französischen wird dann auf Reparationskonto gutgeschrieben. Für die Stabilität der Währung ist die Wirkung die gleiche wie bei Barzahlung.

Unsere Reparationsleistung kann also dann dauernd 2,5 Milliarden oder mehr betragen, **wenn die deutsche Warenausfuhr sich hemmungslos so auswirken kann, daß sie einen gleich hohen Geldstrom auf der anderen Seite wieder nach Deutschland hereinlenkt.** Das ist dann möglich, wenn auf der einen Seite Löhne und Lebenshaltung in Deutschland niedriger sind, als sonst in der Welt, **wenn also der Deutsche grundsätzlich der schlechtest bezahlte Kuli der Welt ist,** der bei schwerster Arbeit am kärgsten lebt und deshalb billige Waren für die Ausfuhr herstellen kann, und **wenn auf der anderen Seite die Zollgrenzen der Gläubigerländer für eine solche deutsche Schleuderausfuhr unbegrenzt offen stehen.** Die erste Bedingung, niedrige Löhne und karge Lebenshaltung in Deutschland, wäre den Gläubigerstaaten durchaus willkommen; aber gegen die zweite Bedingung, gegen die offenen Grenzen, wehren sich die fremden Industrien mit Händen und Füßen. **Jedes Land will durch hohe Zollmauern die fremde Einfuhr abhalten und die eigenen Industrien großziehen.**

Auch große Reparationen wären also dann ohne weiteres aufzubringen, wenn eine entsprechende Ausfuhrsteigerung durch Druck auf Löhne und Lebenshaltung und durch Beseitigung der Zollschranken herbeigeführt wird, genau so, wie ein Privatbetrieb übermäßig hohe Steuern und Soziallasten dann tragen kann, wenn er die Möglichkeit entsprechender Umsatzsteigerung hat. Dagegen ist die Höhe der möglichen Reparationsleistung nicht gleich der Höhe der deutschen Steuerkraft. Ein Land, das vielleicht jährlich noch weitere zwei Milliarden an inneren Steuern aufbringen könnte, **kann deswegen nicht weitere zwei Milliarden jährlich ins Ausland abführen.** Aufgebrachte Steuermittel bleiben der betreffenden Volkswirtschaft erhalten, fließen in Gestalt von Beamtengehältern, Löhnen, Zahlungen, Aufträgen usw. wieder in die Wirtschaft zurück; wenn nur die Umsatzgeschwindigkeit des Geldes genügend beschleunigt ist, so können die Steuern theoretisch beliebig hoch sein. Wenn aber die gleiche Summe, die im Innern durch Steuern aufgebracht wird, **nicht in die Wirtschaft zurückfließt, sondern als Reparation ohne jede Gegenleistung ins Ausland,** so ist die Wirkung eine ganz andere; im ersten Falle wird nur der Blutumlauf beschleunigt, einzelne Teile vorübergehend stärker durchblutet, im zweiten Fall wird das Blut dem Körper dauernd entzogen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß sogar die jetzigen enorm hohen Steuern kaum mehr empfunden würden, und daß ohne Steuersenkung eine unerhörte Steigerung der wirtschaftlichen Blüte, eine Steigerung der ganzen deutschen Lebenshaltung eintreten würde, wenn eines Tages durch Streichung der Reparationsverpflichtung ein ganzes Viertel der erhobenen Steuern einfach der deutschen Volkswirtschaft wieder zugeführt würde in Gestalt von Aufträgen des Reichs, anstatt wie bisher ohne Gegenleistung dauernd ins Ausland abzufließen.

Die Wirkung von Steuern für Inlandzwecke und von Steuern für Reparationszahlungen ist also grundverschieden, und auch wenn man an eine Möglichkeit weiterer Steuererhöhungen glaubt, so scheitert eine Steigerung der Reparationsleistung an der Begrenzung des Ausfuhrüberschusses.

An diesem Entweder-Oder, entweder hohe Reparationen und hohe deutsche Einfuhr in die Gläubigerländer oder Zollschutz und keine Reparationen, scheiterte bisher noch jeder wirkliche Lösungsversuch. Die Gläubigermächte verschließen sich zwar der theoretischen Einsicht in diese Wahrheit nicht, aber ihren Völkern gegenüber haben sie nicht den Mut und die Kraft, die Folgerungen daraus in der einen oder anderen Richtung zu ziehen.

(Fortsetzung auf Seite 4)